

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Anton Friesen, Armin-Paulus Hampel, Dr. Roland Hartwig, Petr Bystron, Waldemar Herdt, Paul Viktor Podolay und der Fraktion der AfD

Zur Informationskampagne „Rumours about Germany“ des Auswärtigen Amts

Seit Herbst 2015 versucht die Bundesregierung unter dem Motto „Rumours about Germany“ Falschinformationen („Fake News“) von Schleppern zu widerlegen und Migranten über legale Einwanderungswege aufzuklären. Im Mittelpunkt jener Informationskampagne steht die gleichnamige Internetseite. Diese ist derzeit auf Englisch, Französisch, Arabisch, Tigrinya, Farsi, Urdu und Dari verfügbar. Es gab im Zuge der Kampagne allerdings auch Plakataktionen u. a. in Afghanistan (www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/desinformation-im-internet/2124796; <https://rumoursaboutgermany.info/about/>; www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/migration/-/204638).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Projekte wurden seit 2015 im Zuge der „Rumours about Germany“-Kampagne des Auswärtigen Amts durch Bundesmittel in welcher Höhe in welchem Staat gefördert (bitte nach Projekttitle, Verwendungszweck, Mittelhöhe, Soll-Ist-Angaben, Haushaltstitel und Jahren aufschlüsseln)?
2. Wie hoch beliefen sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zugriffszahlen auf die Kampagnenseite rumoursaboutgermany.info seit 2015 (bitte nach Jahren und falls möglich nach Aufenthaltsland der User aufschlüsseln)?
3. Wie viele Evaluationen über die Wirksamkeit der Kampagne wurden bislang wann durchgeführt?
 - a) Wie viele Migranten wurden nach Kenntnis der Bundesregierung im Zuge der Evaluationen befragt, und aus welchen Staaten stammten jene?
 - b) Wie viele der Befragten haben sich durch das Online-Informationsangebot (rumoursaboutgermany.info) nach Kenntnis der Bundesregierung von der Migration nach Deutschland abbringen lassen?
4. Sind neben der eingangs erwähnten Sprachen noch weitere für die Internetseite rumoursaboutgermany.info geplant?

Falls ja, welche, und bis wann sollen diese verfügbar gemacht werden?

Berlin, den 23. September 2018

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

